

Vorlagennummer: FB 01/0557/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 12.08.2024

Ratsanträge

Vorlageart: Entscheidungsvorlage
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von: FB 01/100

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.09.2024	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Finanzielle Auswirkungen:

	JA	NEIN	
		X	

Investive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Gesamt- bedarf (alt)	Gesamt- bedarf (neu)
Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

konsumtive Auswirkungen	Ansatz 20xx	Fortgeschriebener Ansatz 20xx	Ansatz 20xx ff.	Fortgeschriebener Ansatz 20xx ff.	Folge-kosten (alt)	Folge-kosten (neu)
Ertrag	0	0	0	0	0	0
Personal-/ Sachaufwand	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0	0	0
<i>+ Verbesserung / - Verschlechterung</i>	0		0			
	Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden		Deckung ist gegeben/ keine ausreichende Deckung vorhanden			

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Keine

Klimarelevanz:

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			X

Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
			X

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
			X

Größenordnung der Effekte

Wenn quantitative Auswirkungen ermittelbar sind, sind die Felder entsprechend anzukreuzen.

Die **CO₂-Einsparung** durch die Maßnahme ist (bei positiven Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 t bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Die **Erhöhung der CO₂-Emissionen** durch die Maßnahme ist (bei negativen Maßnahmen):

- gering unter 80 t / Jahr (0,1% des jährl. Einsparziels)
- mittel 80 bis ca. 770 t / Jahr (0,1% bis 1% des jährl. Einsparziels)
- groß mehr als 770 t / Jahr (über 1% des jährl. Einsparziels)

Eine Kompensation der zusätzlich entstehenden CO₂-Emissionen erfolgt:

- vollständig
- überwiegend (50% - 99%)
- teilweise (1% - 49 %)
- nicht
- nicht bekannt

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlagen beigefügt sind.

Anlage/n:

- 1 - RA_440_18_ZUKUNFT_Verringerung der Kita-Beiträge bei gekürzter Betreuung (öffentlich)
- 2 - RA_441_18_GRÜNE+SPD_Haushaltskonsolidierung (öffentlich)
- 3 - RA_442_18_GRÜNE+SPD_Verlagerung des Donnerstagsmarkts an den Elisenbrunnen (öffentlich)
- 4 - RA_443_18_AfD_Trickbetrug bekämpfen-Aufklärung und Prävention in Aachen (öffentlich)
- 5 - RA_444_18_CDU_Einrichtung von Bettelverbotszonen in Aachen (öffentlich)
- 6 - RA_445_18_AfD_Aufstellung Bücherschrank Kennedypark (öffentlich)
- 7 - RA_446_18_GRÜNE+SPD_Zentrale Vergabe der Belegungszeiten städtischer Sporthallen (öffentlich)
- 8 - RA_447_18_GRÜNE+SPD_Stockheider Mühle (öffentlich)
- 9 - RA_448_18_GRÜNE+SPD_Schulentwicklungsplan Primarstufe (öffentlich)

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52062 Aachen

Eingang bei FB01

02. Juli 2024

Nr. 440/18



Fraktion DIE Zukunft im Rat
der Stadt Aachen
Johannes-Paul.II-Str. 1
52062 Aachen

Aachen, 02.07.2024

Ratsantrag: Verringerung der Kita-Beiträge bei gekürzter Betreuung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Keupen,

die Verwaltung wird beauftragt die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Aachen dahingehend zu modifizieren, dass Eltern ein anteiliger Beitrag rückerstattet wird, falls es zu reduzierten Betreuungsleistungen kommt und die modifizierte Satzung dem Kinder und Jugendausschuss, sowie dem Rat der Stadt Aachen zum Beschluss vorzulegen.

Begründung:

Die volle Erhebung von Beiträgen für Kindertagesstätten trotz reduzierter Leistung aufgrund von Umständen wie Personalmangel oder Schließtagen belastet viele Familien. Eltern stehen vor großen Problemen, die Kinderbetreuung sicherzustellen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der aktuellen Situation massiv gestört. Eltern haben keine Planungssicherheit und müssen oft spontan den ganzen Wochenplan ändern. Dies hat auch zur Folge, dass Arbeitgeber vor Schwierigkeiten stehen.

Es ist zwingend erforderlich, dass die Ausgaben der Familien, die von nicht erbrachten Betreuungsleistungen massiv betroffen sind, wenigstens finanziell kompensiert werden. Die aktuellen Rahmenbedingungen und Perspektiven lassen zudem keine Verbesserung der Betreuungssituation in naher Zukunft erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Szagunn
Fraktionssprecherin DIE Zukunft

Margret Vallot
Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin

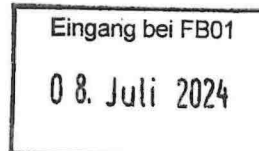


Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Antrag Nr. 17/2024 (Grüne)
222/24 (SPD)

Nr. 441/18

Aachen, 08.07.2024

Ratsantrag Haushaltskonsolidierung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und SPD beantragen den Ratsantrag „Haushaltskonsolidierung“ im Rat anzunehmen und zur Beratung in den Finanzausschuss zu überweisen.

Wie fast alle Großstädte in NRW steht auch die Stadt Aachen vor einer herausfordernden Haushaltslage. Um die kommunale Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit auch künftig zu erhalten, um insbesondere die wichtigen freiwilligen Leistungen aufrecht erhalten zu können, ist die Haushaltplanung für 2025 und die Folgejahre im Schulterschluss zwischen Verwaltung und Politik strukturell und nachhaltig zu konsolidieren. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten, zur Einbringung der nächsten Haushaltsplanung gemeinsam mit der Politik ein Paket finanzpolitischer Leitlinien und konkreter Entlastungsbeiträge zur strukturellen Konsolidierung des Haushaltes aufzustellen. Der vorliegende Antrag soll diesen Prozess einleiten. Haushaltsstabilisierende Grundsätze sind u.a.:

1. Haushaltskonsolidierungsprinzip

Erste Aufgaben der Transformation der Stadt sind abgearbeitet und müssen zum Abschluss gebracht werden. Erst dadurch entstehen Kapazitäten für neue Projekte, denn der Verwaltungsaufwand kann nicht ungebremst fortschreiten. Somit besteht ein wesentlicher Aspekt der Haushaltskonsolidierung

in einer systematische Aufgabenkritik. Zu dieser Aufgabenkritik gehört wesentlich eine Priorisierung der Aufgaben auf Basis begründeter und transparenter Kriterien.

2. Personalkonsolidierungskonzept

Um die stetig wachsenden Personalkosten zu begrenzen, sollte der jährliche Netto-Stellenaufwuchs perspektivisch auf ein Netto-Null-Niveau abgesenkt werden. Ausgenommen sind gesetzliche Aufgaben, Pflichtaufgaben und sich selbst refinanzierende Stellen. Aber auch diese sind auf Notwendigkeit und Effizienz zu überprüfen. Es ist eine erneute Beratung und Beschlussfassung über langfristig unbesetzten Stellen im Stellenplanprozess vorzusehen.

3. Standards (Aufgabenerledigung, Errichtung und Betrieb kommunaler Bauten und Infrastrukturen)

Die Verwaltung wird beauftragt, Kosteneinsparpotentiale aufzudecken, dazu auch Standards zu überprüfen und in dem Zusammenhang die Folgekosten von Investitionen über den gesamten Lebenszyklus zu betrachten. Die Ergebnisse sind dem zuständigen Fachausschuss vorzulegen. Dabei ist zwischen gesetzlichen Vorgaben und Aachen-spezifischen Standards, die über das gesetzliche Maß hinausreichen, zu unterscheiden. Bei der städtischen Aufgabenerledigung sind generell Vorschläge zu entwickeln, wie durch eine Optimierung der Leistungserbringung Kosten reduziert werden können bzw. durch eine Fokussierung auf den wesentlichen Kern der Aufgabe eine effektivere Umsetzung möglich ist.

4. Konsumtive Ausgaben priorisieren, untergenutzte und redundante Ausgabenportale evaluieren und ggf. anpassen oder streichen

Die Verwaltung wird beauftragt, nicht ausgeschöpfte Budgets im Rahmen der Haushaltsaufstellung konsequent zu reduzieren. Dazu soll ein Controlling bezogen auf die Produkte eingeführt und regelmäßig durchgeführt werden.

Gleichzeitig sind Doppelstrukturen zu identifizieren, ähnliche Aufgaben möglichst in gemeinsamen Produkten zu bündeln und auf Synergiepotenziale zu untersuchen, es sollen konkrete Vorschläge entwickelt werden, diese zu heben. Ziel ist die Begrenzung bzw. Reduzierung der Budgets.

Überholte, nicht mehr effektive oder auch von anderen Stellen verfügbare

Subventionen/Förderungen sind zu evaluieren und nach Abwägung von Kosten/Nutzen ggf. zu streichen. Dies gilt sowohl für direkte Förderungen als auch für den Verzicht auf Einnahmen. Darüber hinaus sollen möglichst viele Maßnahmen in den investiven Bereich des Haushalts verlagert werden.

5. Investitionen: Priorisieren und zielgerichteter steuern

Der Umsetzungsgrad von Investitionen liegt in der Regel deutlich unter den im Investitionsprogramm eingeplanten Mitteln. Um diese „Bugwelle“ abzubauen, wird die Verwaltung gebeten, Einsparziele bei den Haushaltsanmeldungen der Fachbereiche zu formulieren, die zu einer reduzierten Maßnahmenliste führen. Diese Liste ist der Politik vorzustellen.

Die Investitionen sind generell angepasst an die vorhandenen Umsetzungskapazitäten und nach begründeten und transparenten Kriterien zu priorisieren. Ziel ist es, die „Bugwelle“ aus Ermächtigungsübertragungen abzubauen sowie die §13-Liste zu reduzieren, um das Maß der realistisch umsetzbaren Investitionsmaßnahmen bestmöglich im Haushalt abzubilden

Auf diese Weise soll eine erneute Beschlusskontrolle vor Ermächtigungsübertragungen für bereits beschlossene Investitionsmaßnahmen erfolgen. Zum Abbau der „Bugwelle“ kann so ggf. ein Moratorium erforderlich werden.

6. Potenziale der Verwaltungsmodernisierung

Die Potenziale der Digitalisierung, der Vernetzung und der Modernisierung der Arbeitsabläufe sollen aktiv genutzt werden, um weitere Effizienzgewinne in der Arbeit der Verwaltung zu heben, ohne dabei die Arbeitsbelastung pro VZÄ zu steigern. Um diese Kapazitäten zu realisieren, sollen verpflichtende Wirksamkeitsanalysen bei aufwendigen oder häufig zu erledigenden Prozessen fortgesetzt oder neu etabliert werden. Insbesondere an den Stellen, wo im kommunalen Benchmark Verbesserungen erkannt werden, ist zu prüfen, welche Best-Practice-Beispiele für Aachen nutzbar sind. Mit den städtischen Eigenbetrieben sind Zielvereinbarungen zur Kostenstabilisierung (reine Tarifanpassungen sind davon auszunehmen) zu treffen und den zuständigen Ausschüssen vorzulegen.

Weitere Synergien in der Kooperation mit der Städteregion sind zu prüfen (u.a. Mitgliedschaften Metropolregion Rheinland, Zweckverband Region Aachen, etc.).

7. Einnahmenseite

Die Verwaltung soll einen Beschluss zur Absicherung der avisierten Planansätze der kommunalen Einnahmen vorbereiten. Es ist sicherzustellen, dass die Ertragsseite insbesondere bzgl. der Grundsteuer aber auch bei anderen relevanten kommunalen Einnahmen tatsächlich die erwarteten Größenordnungen erreicht.

Hierzu ist die Aufkommensneutralität nach der Grundsteuerreform durch eine entsprechende Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuer B ebenso vorzubereiten wie die Einführung der Grundsteuer C und etwaiger Kompensationsmaßnahmen, wie ZB die Einführung einer Gästekarte.



Die Verwaltung wird gebeten, den Prozess für ein langfristiges Stabilisierungskonzept mit eigenen Vorschlägen, dem notwendigen Zahlenmaterial und den entsprechenden Wirkungsabschätzungen zu begleiten und zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

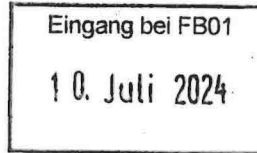
Boris Linden

stv. Fraktionsvorsitzender SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 442/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 18/2024 (Grüne)
223/24 (SPD)

Aachen, 10.07.2024

Ratsantrag

Verlagerung des Donnerstagmarkts an den Eisenbrunnen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen die Verlegung des Donnerstagmarktes vom Marktplatz zum Eisenbrunnen.

Begründung

Die Verlagerung des Dienstagsmarkts zum Standort Eisenbrunnen hat gezeigt, dass dort eine wirtschaftliche Umsetzung des Marktkonzept möglich ist.

Gleichzeitig leidet der am Standort Markt verbliebene Donnerstagmarkt weiterhin an rückläufigen Umsätzen, was dazu führt, dass die Zahl der Marktbesucher*innen dort kontinuierlich abnimmt.

Um in der Aachener Innenstadt auch weiterhin einen Wochenmarkt an zwei Tagen anbieten zu können, soll auch der Donnerstagmarkt zum wirtschaftlich tragfähigeren Standort Eisenbrunnen verlagert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD



S. Breuer

Dr. Sebastian Breuer

*Sprecher im Wohnungs- und Liegen-
schaftsausschuss GRÜNE*

R. Wallraff

Renate Wallraff

*Sprecherin im Wohnungs- und Liegen-
schaftsausschuss SPD*

M. Peñalosa

Melanie Peñalosa

Fraktionssprecherin Grüne in der BV-Mitte

P. Deloie

Patrick Deloie

Fraktionssprecher SPD in der BV-Mitte



im Rat der Stadt Aachen

AfD-Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen

-Rathaus-

52062 Aachen

Eingang bei FB01

08. Aug. 2024

Nr. 443/18

AfD-Gruppe im Rat der Stadt Aachen
Markus Mohr u. Wolfgang Palm
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

8. August 2024

Antrag: Trickbetrug bekämpfen – Aufklärung und Prävention in Aachen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat der Stadt möge folgenden Beschluß fassen:

Die Verwaltung erarbeitet in Kooperation mit der Polizeidirektion Aachen eine Informationsbroschüre zum Thema Trickbetrug.

Diese soll möglichst kompakt und seniorengerecht über das Vorgehen von Trickbetrügern bzw. über unterschiedliche Betrugsformen und polizeiliche Handlungsempfehlungen informieren. Die Broschüre soll ältere Menschen und angehörige bzw. nahestehende Personen adressieren. Sie ist allen Haushalten in der Stadt Aachen mit mindestens einer Person über 65 Lebensjahren zuzustellen. Sie ist im Bürgerservice und anderen städtischen Räumlichkeiten mit Besucherverkehr auszulegen.

Das FB 13 wird beauftragt flankierend eine Medienkampagne zu entwerfen, die vor Trickbetrug warnt und auf die Informationsbroschüre (auch in digitaler Form) aufmerksam macht. Die Kampagne soll ggfs. auf Werbeflächen im Stadtgebiet öffentlichkeitswirksam platziert werden.

Begründung:

In den letzten Jahren hat sich ein auf Senioren spezialisiertes und professionelles Kriminalitätsfeld mit wachsenden Millionenumsätzen entwickelt. »Trickbetrüger« nutzen auf



im Rat der Stadt Aachen

perfideste Weise Gutmütigkeit, Vertrauen, Hoffnungen und Ängste älterer Menschen aus, um diese auszurauben – oftmals sogar in ihren eigenen vier Wänden.

Nach Angaben des NRW-Innenministeriums wurden im Jahr 2022 landesweit insgesamt 25.721 Betrugsfälle ‚zum Nachteil älterer Menschen‘ registriert.¹ Dabei wurde eine Summe von 33.556.742 Euro erbeutet. Im Jahr 2008 lag die Schadenssumme noch bei 7.892.155.² Schon im Jahr 2019 warnte der damalige Aachener Kriminalhauptkommissar Alfred Wings, daß die Zahlen regelrecht „explodiert“ seien. Es gebe inklusive Dunkelziffer „mindestes doppelt so viele Fälle“. Die Opfer seien zumeist „völlig geschockt und verzweifelt“.³

Auch in der Region Aachen sind ältere Menschen schon länger im Visier von Kriminellen. Über spektakuläre Fälle, wie jenen einer 89-Jährigen aus Würselen, die Anfang März mittels »Enkeltrick« um sämtliche Ersparnisse – 140.000 Euro – gebracht wurde, berichten Lokalmedien regelmäßig.⁴

Die Betrugsmaschen werden indes vielfältiger und raffinierter. Zu falschen Enkeln und Polizisten gesellen sich inzwischen auch falsche SHK-Handwerker, Schlosser und Stromableser. Auch Telefon- und Cyberbetrug boomen. Jüngst musste die Stadt Aachen auf ihrer Webseite vor falschen Rechnungen warnen, die zur Zahlung von vermeintlichen Straßenreinigungsgebühren aufforderten.⁵ Die Polizei Aachen warnt derzeit vor sogenannten »Schockanrufen«, mit denen ältere Menschen durch dramatische Geschichten gezielt psychisch unter Druck gesetzt werden.⁶

Der massive Anstieg der Fallzahlen und der Beutesummen zeigt den Aufklärungsbedarf über Trickbetrüger und ihre Maschen. Die Ratsgruppe Allianz für Aachen hatte bereits im Jahr 2018 per Ratsantrag eine entsprechende Aufklärungsinitiative gefordert.⁷ Seither hat dieses Kriminalitätsfeld weiter an Dynamik gewonnen. Eine umfassende und effektive Aufklärung von Senioren findet in Aachen noch immer nicht statt. Lediglich passiv

¹ Drs. 18/1945 vom 21.11.2023, S. 4. Verfügbar:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-1945.pdf>.

² Ebd., S. 5.

³ AZ vom 12.7.2019: [https://www.aachener-zeitung.de/region-nrw/extrem-lukrativ-und-nahezu-ohne-
risiko/4097011.html](https://www.aachener-zeitung.de/region-nrw/extrem-lukrativ-und-nahezu-ohne-risiko/4097011.html).

⁴ AZ vom 6.3.2024: [https://www.aachener-zeitung.de/lokales/region-aachen/wuerselen/89-jaehrige-aus-
wuerselen-uebergibt-betruegern-140.000-euro/9041367.html](https://www.aachener-zeitung.de/lokales/region-aachen/wuerselen/89-jaehrige-aus-wuerselen-uebergibt-betruegern-140.000-euro/9041367.html).

⁵ Seite der Stadt Aachen vom 15.3.2024:

https://www.aachen.de/de/stadt_buerger/politik_verwaltung/pressemitteilungen/betrugsmasche.html.

⁶ AZ vom 2.8.2024: [https://www.aachener-zeitung.de/lokales/region-aachen/aachen/viele-schockanrufe-in-
der-staedteregion/17097416.html](https://www.aachener-zeitung.de/lokales/region-aachen/aachen/viele-schockanrufe-in-der-staedteregion/17097416.html).

⁷ Nr. 340/17: Trickbetrug bekämpfen – Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Senioren, 15.3.2018.



im Rat der Stadt Aachen

vorgehaltene Informationsangebote, wie z.B. jene der Polizeilichen Beratungsstellen, sichern keine hinreichende Aufklärung. Erst durch eine zielgruppengenaue und proaktive Aufklärungsarbeit wird die für einen wirksamen Präventionseffekt nötige Reichweite erzielt. Dabei sind auch die neueren Trends der Betrugsformen zu berücksichtigen.

Sind ältere Menschen in der Lage diese zu erkennen und der Polizei zu melden, wird das Gelingen von Betrugsaktionen unwahrscheinlicher und Aachen als Betätigungsfeld für Kriminelle unattraktiver.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01
1 6. Aug. 2024

Nr. 444/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 24.010

Aachen, den 16.08.2024

Ratsantrag

Einrichtung von Bettelverbotszonen in Aachen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern im Bereich der Fußgängerzonen der Aachener Innenstadt und im direkten Umfeld des Hauptbahnhofes sogenannte „Bettelverbotszonen“ eingerichtet werden können. Dabei sollen Verdrängungseffekte berücksichtigt und vermieden werden. Parallel sollen Vorschläge für geeignete soziale Flankierungsmaßnahmen erarbeitet werden.

Das Ergebnis ist dem Hauptausschuss vorzustellen.

Begründung

Aktives und aggressives Betteln ist ein mittlerweile weit verbreitetes Problem in der Aachener Innenstadt. Für Menschen, die sich regelmäßig gerade im Kernbereich unserer Innenstadt aufhalten, ist es nahezu alltäglich geworden, in aufdringlicher und belästigender Form angegangen zu werden und zur „Spende“ gedrängt zu werden.

Dies verschärft die ohnehin bestehenden Herausforderungen für Einzelhandel, Gastronomie, Kulturschaffende und andere Gewerbetreibende.

Die Nutzung des öffentlichen Straßenraums zu Zwecken der Bettelei in ihrer aktiven und aggressiven Form geht über den erlaubnisfrei zulässigen Gemeingebrauch hinaus. Sie stellt eine nach Aachener Stadtrecht nicht erlaubnisfähige Sondernutzung dar. Damit ist jedes aggressive und aktive Betteln ein Verstoß gegen öffentlich-rechtliche Verbotsnormen und somit eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Daraus ergibt sich ein akuter Handlungsbedarf. Diesem konnte mit den bisherigen Maßnahmen wie beispielsweise den Regelungen in der Aachener Straßenverordnung und der verstärkten Zusammenarbeit des städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mit der örtlichen Polizeibehörde nicht in ausreichendem Maße begegnet werden. Auch die angebotenen Hilfen konnten bislang das Problem des aggressiven Bettelns nicht lösen.

Vor diesem Hintergrund erscheint lediglich die Einrichtung einer Bettelverbotszone, innerhalb derer aktives und aggressives Betteln untersagt ist, als geeignetes Mittel, um die geschilderten Probleme einer Lösung zuzuführen. Ihr Mehrwert im Vergleich zu den bisherigen Maßnahmen besteht insbesondere in einer Beschilderung, welche den bettelnden Personen sowie der gesamten Öffentlichkeit das Verbot ersichtlich macht, aber auch in einer konsequenten Ahndung.

Bei der Prüfung der Verbotszone sind möglichst viele Ausgestaltungsformen in Betracht zu ziehen. Dies betrifft vor allem die sachliche Eingrenzung der verbotenen Formen der Bettelei sowie die räumliche Reichweite der Verbotszone. Selbst die Einrichtung einer verhältnismäßig kleinen Verbotszone im absoluten Kernbereich der Innenstadt um Dom und Rathaus betrachtet die CDU-Fraktion als Fortschritt im Vergleich zum bisherigen, wenig befriedigenden Zustand.

Im Rahmen der Prüfung wird es wichtig sein, nicht nur den Status Quo in den Blick zu nehmen, sondern auch die typischen Verdrängungseffekte zu berücksichtigen und bestmöglich zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Iris Lürken', is written over a light blue horizontal line.

Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende



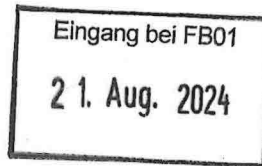
im Rat der Stadt Aachen

AfD-Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen

-Rathaus-

52062 Aachen



Nr. 445/18

AfD-Gruppe im Rat der Stadt Aachen
Markus Mohr u. Wolfgang Palm
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

21. August 2024

Antrag: Aufstellung eines Bücherschranks am Kennedypark

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat der Stadt möge folgenden Beschluß fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit der Bezirksvertretung Mitte an einem geeigneten Standort im Kennedypark einen öffentlichen Bücherschrank aufzustellen. Dieser soll ein Fach enthalten, das ausschließlich für Kinderliteratur (0-6 Jahre) reserviert ist.

Die Verwaltung veröffentlicht eine Ausschreibung zwecks dauerhafter Projektbetreuung des Bücherschranks durch ehrenamtliche Paten.

Begründung:

Öffentliche Bücherschränke werden in Aachen sehr gut angenommen. Seit 2011 wächst die Liste der Standorte kontinuierlich. Bücherschränke bereichern den öffentlichen Raum und regen zur Lektüre und zum Austausch von Büchern an. Sie regen dazu an, an den jeweiligen Orten zu verweilen. Im Ostviertel fehlt ein solches Angebot derzeit noch.

Der Kennedypark ist für Aachen-Ost eines der wichtigsten Ruhe- und Grünareale. Es gibt zahlreiche Bänke, zwei Spielplätze und im Sommer wird gegrillt und gepicknickt. Der Kennedypark ist für die Menschen des Stadtteils ein Ort der Zusammenkunft; vergleichbar mit einem zentral gelegenen Marktplatz, wo viele der inzwischen 20 Bücherschränke stehen.



im Rat der Stadt Aachen

Ein Bücherschrank wertet den Kennedypark auf und schafft für die Aachener vor Ort eine kostenlose ‚kleine Bibliothek‘. Ein Kinderfach hält Kinderbücher bereit, sodaß Eltern keine eigenen Bücher mitbringen müssen und zudem mehr Abwechslung beim Vorlesen ermöglicht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01
28. Aug. 2024

Nr. 446/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 19/2024 (Grüne)
224/24 (SPD)

Aachen, 28.08.2024

Ratsantrag

Zentrale Vergabe der Belegungszeiten städtischer Sporthallen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird gebeten, die Belegung aller städtische Sporthallen durch den Fachbereich Sport zentral zu vergeben.

Begründung

Eine zentrale Vergabe der Sporthallen findet aktuell nur bei großen Hallen statt und soll auch auf kleinere Hallen und Räume ausgeweitet werden, um eine möglichst reibungslose Nutzung und bestmögliche Auslastung der Aachener Sporthallen für Vereine und Schulen zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Fynn Hangarter

Sportpolitischer Sprecher GRÜNE

Linus Offermann

Sportpolitischer Sprecher SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

g

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

28. Aug. 2024

Nr. 447/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 21/2024 (Grüne)
226/24 (SPD)

Aachen, 28.08.2024

Ratsantrag

Stockheider Mühle

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den aktuellen rechtlichen Sachverhalt zur Entwicklung der Immobilie Stockheider Mühle und des Tuchwerks aufzuarbeiten sowie die baurechtliche Situation darzulegen und dem Rat der Stadt vorzustellen;
- Informationen der Stiftungsaufsicht zum rechtlichen Stand der Sache und insbesondere zur Einhaltung der Stiftungszwecke einzuholen und zur Beurteilung des Sachverhalts durch die Bezirksregierung vorzutragen;
- zu prüfen, ob bzw. wie die Stadt Aachen gemeinsam mit den privaten Beteiligten die Nutzungen der Immobilie erhalten und unter Hinweis auf Fördermöglichkeiten eine Konzeption entwickeln kann, die auf Dauer die Attraktivität dieses Standorts für die Stadt Aachen erhöht.



Begründung

Die „Stockheider Mühle“ war zuletzt Firmensitz der Tuchfabrik Becker in Aachen-Laurensberg und ist heute geprägt von denkmalgeschützten Gebäuden, die von einer Vielzahl unterschiedlicher sozialer, kultureller und freiberuflicher Mieter genutzt wird. Die „Stockheider Mühle“ beheimatet die Ausstellung zur Geschichte der Tuchfabrikation in Aachen, das Tuchwerk ist ein Erinnerungsort für diesen für Aachen so wichtigen Part in der Industriegeschichte der Stadt.

Diese Sammlung und die weiteren kulturellen Nutzungen auf dem Gelände haben durch ehrenamtliches bürgerliches Engagement und private Initiativen ihre heutige Bedeutung gewonnen.

Das Ensemble in der Soers ist ein kulturelles, denkmalpflegerisches und soziales Zentrum von überbezirklicher Bedeutung.

Den Medien war zu entnehmen, dass die Immobilie, die bei der EuRegionalen 2006, bei der Entwicklung des Pferdelandparks und vor dem Hintergrund eines Bebauungsplan-Entwurfs zur Attraktivierung der Soers eine große Rolle spielte, veräußert werden soll und damit eventuell den vorgenannten, für die Bürger*innen wichtigen Nutzungen entzogen werden und den überbezirklichen Zentrumscharakter verlieren kann.

Ein Konzept des Eigentümers der Immobilie, der Margarete Lorenz Stiftung, für künftige Nutzungen ist bislang nicht öffentlich bekannt.

Es besteht ein städtisches Interesse an der Nutzung der Immobilie und seiner räumlichen und konzeptionellen Weiterentwicklung, damit der Kulturort Tuchwerk, mit Präsentation der Tuchgeschichte sowie den vielfältigen kulturellen und sozialen Angeboten gemeinsam mit den beteiligten Akteuren erhalten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Boris Linden

stv. Fraktionsvorsitzender SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 20/2024 (Grüne)
225/24 (SPD)

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Eingang bei FB01

28. Aug. 2024

Nr. 448/18

Aachen, 28.08.2024

Ratsantrag

Schulentwicklungsplan Primarstufe

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für den Primarbereich. Dabei sind folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen:

- a. Aktualisierung der Entwicklung der Schüler*innenzahlen inkl. der Zuweisung von geflüchteten Familien
- b. Analyse des Schulwahlverhaltens der Eltern und des Raumpotentials an den vorhandenen Grundschulen
- c. konkrete Handlungsoptionen zur Ausweitung des Schulraumes im Primarbereich (auch unter dem Aspekt, dass die Vorgaben für Klassenfrequenzwerte geändert werden)
- d. Konkrete Ausbauperspektiven für den OGS-Bereich (auch vor dem Hintergrund des kommenden Rechtsanspruchs auf Nachmittagsbetreuung)

Begründung

Die Schulentwicklungsplanung im Primarbereich steht vor vielfältigen Herausforderungen. Es geht nicht nur darum, nur ausreichend viele Quadratmeter pro Schüler*in zur Verfügung zu stellen. Der in der Schule zur Verfügung stehende Raum soll vielmehr auch ermöglichen, die politisch gewünschte qualitative Verbesserung von Lehr- und Lernvoraussetzungen zu erreichen. Die Sprachförderung zugewanderter Kinder, die Steuerung des Inklusionsprozesses, die Umsetzung des Ganztags und die digitale Ausstattung stehen dabei oben auf der Agenda politischer Planungen. Somit muss der Schulentwicklungsplan ein Steuerungselement für eine Schulentwicklung sein, die es ermöglicht junge Menschen in Aachen im Hinblick auf die sehr vielfältigen gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen optimal zu fördern.



Die Schule soll ein Ort des Lernens, der Betreuung, der Förderung und der Integration und nicht zuletzt auch ein Ort des Wohlfühlens sein.

Alle diese Herausforderungen werden wir als Kommune finanziell nicht bewältigen können. Es bedarf einer Zusammenarbeit mit Land und Bund, damit wir in der Stadt in die Lage versetzt werden, auch weiterhin soziale Schulpolitik betreiben zu können, die ungleiche Startchancen der Kinder möglichst gut ausgleicht. Daher müssen auch Gespräche mit der Landesregierung geführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Pola Heider

Bildungspolitische Sprecherin GRÜNE

Sebastian Becker

Bildungspolitischer Sprecher SPD